

Sozialpolitik und Armutsbekämpfung



Die Grünen setzen auf eine Vereinfachung und bessere Zugänglichkeit von Sozialleistungen. Zudem sollen Familien über ihre Ansprüche besser informiert und unterstützt werden. Neben finanziellen Maßnahmen fordern sie auch eine verstärkte Unterstützung für soziale Projekte, die benachteiligte Gruppen fördern. Neben der Modernisierung der Verwaltung fordern sie eine Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums für Kinder.



Der Ansatz ist positiv zu bewerten, betonen möchten wir aber die Notwendigkeit zusätzlicher Beratungsangebote und die nachhaltige Sicherstellung sozialer Dienstleistungen. In diesem Themenbereich werden bei den Grünen v.a. Familien und Kinder in den Blick genommen, was andere Problematiken außen vor lässt.



Das BSW fordert eine umfassende Reform der Sozialpolitik. Dazu gehört eine Mindestrente von 1.500 Euro sowie eine Rentenversicherung nach österreichischem Vorbild, in die auch Politiker einzahlen müssen. Das Sozialleistungssystem soll entbürokratisiert und der Zugang erleichtert werden. Das Bürgergeld will das BSW durch eine „leistungsstarke und leistungsgerechte“ Arbeitslosenversicherung ersetzen.



Der DBSH begrüßt Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Sozialleistungssystems und die Verbesserung des Zugangs zu sozialen Sicherungssystemen. Auch die Einführung einer Mindestrente kann ein wichtiger Schritt zur Armutsvermeidung im Alter sein. Kritisch sieht der DBSH jedoch den geplanten Ersatz des Bürgergeldes durch eine „leistungsstarke und leistungsgerechte“ Arbeitslosenversicherung, da dies auf eine stärkere Kopplung von Sozialleistungen an vorherige Erwerbsarbeit hindeutet. Dies benachteiligt Menschen in prekären Beschäftigungen, Langzeitarbeitslose oder Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien. Soziale Sicherungssysteme müssen existenzsichernd, inklusiv und für alle zugänglich sein – unabhängig von Erwerbsverläufen.



Die CDU/CSU setzt zur Bekämpfung von Armut auf eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, steuerliche Entlastungen, familienpolitische Maßnahmen und eine Rentenreform. Kernpunkt ist die Abschaffung des Bürgergeldes zugunsten einer neuen Grundsicherung mit schärferen Sanktionen für Arbeitsverweigerung. Steuererleichterungen sollen vor allem mittlere Einkommen entlasten, während der Solidaritätszuschlag abgeschafft werden soll. Zudem sind der Ausbau von Beratungsangeboten und flexiblere Arbeitszeitmodelle zur Unterstützung von Familien geplant. In der Rentenpolitik setzt die CDU auf eine „Aktiv-Rente“, die steuerfreies Hinzuverdiene im Alter erleichtert, sowie eine „Frühstart-Rente“ mit staatlicher Förderung privater Altersvorsorge.



Aus Sicht des DBSH sind insbesondere die Abschaffung des Bürgergeldes und verschärfte Sanktionen problematisch, da sie soziale Ausgrenzung verstärken. Steuerliche Entlastungen könnten zwar helfen, sind jedoch keine nachhaltige Strategie gegen Armut. Der geplante Ausbau von Beratungsangeboten ist positiv, doch bleibt unklar, ob ausreichende Mittel dafür bereitgestellt werden. Die Rentenreform benachteiligt körperlich und psychisch belastende Berufe und setzt zu stark auf private Vorsorge. Insgesamt fehlen langfristige Maßnahmen zur Stärkung sozialer Sicherungssysteme und zur Vermeidung von Armut.



Die Linke setzt sich für eine solidarische Mindestsicherung ohne Sanktionen sowie eine Mindestrente von 1.400 Euro ein. Zudem sollen Sozialleistungen bedarfsgerecht und unkompliziert zugänglich gemacht werden.



Wir unterstützen die Vorschläge, da sie zur Verringerung von Armut beitragen und die soziale Absicherung stärken. Sie verbessern die Lebensqualität vulnerabler Gruppen und fördern soziale Gerechtigkeit. Allerdings bestehen Bedenken hinsichtlich der Finanzierung dieser Maßnahmen, die einer näheren Betrachtung bedarf.



Reform des Bürgergeldes mit dem Ziel, die Eigeninitiative der Leistungsbeziehenden zu stärken. Dies beinhaltet eine Betonung von Aktivierungsmaßnahmen und die Wiedereinführung strengerer Sanktionen bei fehlender Mitwirkung. Zudem erwägt die FDP die Einführung einer negativen Einkommensteuer, um den Sozialstaat zu vereinfachen und Erwerbsanreize zu erhöhen. Ein weiteres Anliegen ist die Implementierung von Maßnahmen gegen „Missbrauch im Sozialstaat“, einschließlich einer strengeren Kontrolle der Transferempfänger*innen.



Zur Haltung des DBSH zu Verschärfungen beim Bürgergeld, siehe „Arbeitsmarktpolitik“. Die Idee einer negativen Einkommensteuer könnte zwar bürokratische Hürden abbauen, greift jedoch zu kurz, da sie die komplexen Lebenslagen der Betroffenen nicht ausreichend berücksichtigt.



Die SPD strebt eine Stärkung der Tarifbindung und gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit an. Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut umfassen eine Kombination aus Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld, um den Bezug von Bürgergeld zu vermeiden.



Grundsätzlich positiv zu bewerten, da soziale Absicherung gestärkt wird. Die Maßnahmen für Kinderarmut sind begrüßenswert, jedoch fehlen tiefgehende Strategien zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit.